

Bezugsgebühr:

10 Pfennig 2 Bll. 20 Bll. 30 Bll. 40 Bll. 50 Bll. 60 Bll. 70 Bll. 80 Bll. 90 Bll. 100 Bll.

Die „Dresdener Nachrichten“ enthalten... (text about subscription and content)

Der Abonnent empfangt... (text about subscription details)

Bezugsanstalt: Dresdener Nachrichten

Telegraphen-Adresse: Dresdener Nachrichten

Dresdener Nachrichten

Lobeck & Co. Chocoladen, Cacaos, Desserts. Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Photograph. Apparate und Bedarfs-Artikel. Emil Wünsche Nachf. Moritzstr. 20.

G. H. REHFELD & SOHN. Papier-, Schreibwaren-, Contobücher-Fabrik. Dresden-Neustadt, nur Hauptstrasse 36.

Größtes und feinstes Spielwaren-Haus. Dresden-A. B. A. Müller Pragerstr. 32. Lawn-Tennis-Ausstellung.

Carl Liedemann, Ladefabrik, gegr. 1833. empfiehlt in tadelloser Waare: Kaffee, Thee, Copal, Tamar-Lade, Zircabie...

Reise-Artikel

Reisekoffer, Reisekoffer, Reisekoffer, Reisekoffer, Reisekoffer.

Herren-Artikel

Cravatten, Handtasche, Hüte, Wäsche, Joppen.

Lederwaren

Portemonnaies, Cigarren-Etuis, Brieftaschen, Damentaschen, Damengürtel.

Robert Kunze, DRESDEN, Altmarkt 1, Rathaus.

Nr. 277. Spiegel: Beamten-Wohnungsgeldzuschüsse. Dienstbotenangebot. Handfertigkeits-Verhältnisse. Stenographie. Ruthmaßl. Witterung: Trübe und regnerisch. Sonntag, 6. Oktober 1901.

Wohnungsgeldzuschüsse für sächsische Beamte.

Die viel umstrittene Frage der Wohnungsgeldzuschüsse für die sächsischen Beamten wird immer brennender, je näher die Eröffnung des Landtages rückt. Als dem vorigen Landtage der betr. Gesetzentwurf von der Regierung unterbreitet wurde, wies der Herr Staatsminister v. Wapdorf darauf hin, daß die Lebensmittelpreise, die Wohnungsmieten und überhaupt alle Lebensbedürfnisse sich seit der letzten Regelung der Beamtengehälter so wesentlich anders gestaltet hätten, daß man nach der Ueberzeugung der Regierung an einem Punkte angelangt sei, wo dem dringenden Bedürfnisse in der Beamtenchaft abgeholfen werden müsse, wenn anders das Gleichgewicht der wirtschaftlichen Lage der Beamten erhalten bleiben sollte.

Der Staat muß, wie der Herr Abgeordnete Dr. Schill sehr richtig bemerkt, zufriedene Beamte haben! Und auch alle bedeutenden Volkswirtschaftslehrer warnen eindringlich vor zu niedrigen Beamtenbesoldungen und den schweren Folgen derselben. So z. B. sagt Kofcher: Jedes Sinken des Geldwertes muß unter gleichen Umständen eine entsprechende Steigerung der Beamtengehälter nach sich ziehen, wenn nicht die schweren Folgen zu niedriger Besoldung eintreten sollen.

Derartige Citate aus Schriften namhafter Volkswirthe und Staatsrechtslehrer ließen sich noch manche anführen. Wir fügen hinzu, daß der mit Entbehrungen und Sorgen kämpfende oder mit Nebenberufen überhäufte Beamte auch physisch nach kürzerer Zeit abgenutzt sein wird, als der ungebeugte sorgenfreie Mann. Vorzeitiger Tod oder verfrühtes Anheimsinken an den Pensionsetat sind — dem Staate zum Schaden — oft das Ende. Jeder, der wirklich patriotische Gefühle hegt, heißt es in der Schrift „Zur Beamtengehälterfrage in Sachsen“ von Heinrich Könia, muß unbedingt auf eine allmählich mit dem Volkswohlstand fortwährende stetige Erhöhung der Beamtengehälter hinwirken.

Die Staatsklugheit selbst erfordert es daher, die beschränkte Lage der Staatsbeamten so zu gestalten, daß nicht Unzufriedenheit und Gähmung innerhalb der Beamtenchaft entsteht oder gar die Integrität des Beamtenstandes gefährdet wird. Gott sei Dank hat der deutsche und insbesondere auch der sächsische Beamte noch Loyalität genug, auf die weise Fürsorge der maßgebenden Kreise zu vertrauen. Unabweisbare Mängel der Regierungen und Volkswirtschaften ist es aber, dieses Vertrauen auch zu würdigen und die Beamtengehälter den Preissteigerungen der Lebensbedürfnisse entsprechend zu erhöhen.

Die Staatsklugheit selbst erfordert es daher, die beschränkte Lage der Staatsbeamten so zu gestalten, daß nicht Unzufriedenheit und Gähmung innerhalb der Beamtenchaft entsteht oder gar die Integrität des Beamtenstandes gefährdet wird. Gott sei Dank hat der deutsche und insbesondere auch der sächsische Beamte noch Loyalität genug, auf die weise Fürsorge der maßgebenden Kreise zu vertrauen. Unabweisbare Mängel der Regierungen und Volkswirtschaften ist es aber, dieses Vertrauen auch zu würdigen und die Beamtengehälter den Preissteigerungen der Lebensbedürfnisse entsprechend zu erhöhen.

Die Staatsklugheit selbst erfordert es daher, die beschränkte Lage der Staatsbeamten so zu gestalten, daß nicht Unzufriedenheit und Gähmung innerhalb der Beamtenchaft entsteht oder gar die Integrität des Beamtenstandes gefährdet wird. Gott sei Dank hat der deutsche und insbesondere auch der sächsische Beamte noch Loyalität genug, auf die weise Fürsorge der maßgebenden Kreise zu vertrauen. Unabweisbare Mängel der Regierungen und Volkswirtschaften ist es aber, dieses Vertrauen auch zu würdigen und die Beamtengehälter den Preissteigerungen der Lebensbedürfnisse entsprechend zu erhöhen.

etwa 300—400 Mk. auf eine einigermaßen anständige Wohnung entfallen. — Daß hier die absolute Notwendigkeit einer anderweitigen Regelung der Gehälter vorhanden, hat im vorigen Landtage besonders auch der verstorbene Vizepräsident Georgi ausdrücklich hervorgehoben. Und da die oberen Beamten Sachsens meist höhere Gehälter beziehen, als diejenigen anderer Staaten, wenn man bei diesen von dem Wohnungsgeld abstrahiert, so tritt an den sächsischen Staat umso mehr die Verpflichtung heran, auch die Lage der mittleren und unteren Beamten aufzubessern, um nicht den Anschein zu erwecken, als würden die Letzteren ungerechterweise zurückgelehrt.

Wir können diese Abhandlung nicht besser schließen, als mit den Worten der württembergischen Regierung bei Gelegenheit der Gehaltserhöhungen der dortigen Beamten für den Etat 1890/91: „Das Interesse des Staates selbst erfordert Abhilfe. Denn wenn der Staat seinen Angestellten ein für den angemessenen Unterhalt einer Familie ausreichendes Einkommen nicht bietet, wenn die Vergütung erzieht, daß in anderen Staaten die öffentlichen Diener weit auskömmlicher gestellt sind, so liegt für die Staatsverwaltung die Befürchtung nahe, daß bei den Beamten die Berufstreue gelähmt, Unzufriedenheit erregt und schließlich die Treue und Integrität gefährdet werden könnten, auch der Abgang von tüchtigeren und begabteren Männern zum Staatsdienste beeinträchtigt werden möchte.“ Ohne Zweifel wird die sächsische Regierung gleich der württembergischen im eigenen wohlverstandenen Interesse an eine durchgreifende Verbesserung der Lage ihrer unglücklich gestellten Beamten herantreten. Die Volkswirtschaft aber wird sich nicht dem Vorwurfe aussetzen wollen, die sächsische Beamtenchaft irreführt zu haben, da im vorigen Landtage von allen Abgeordneten beider Kammern die Notwendigkeit der Erhöhung von Zuschüssen an die Beamten anerkannt und die Regelung dieser Angelegenheit für den 1. Januar 1902 in bestimmte Aussicht gestellt worden ist. Wenn dies — wie zweifellos zu erwarten ist — in einem den Wünschen der Beamtenchaft entsprechenden Sinne geschieht, so löst die Ständeversammlung nicht nur eine gegebene Zulage ein, sondern sie thut auch einen wesentlichen Schritt zu Ruh und Arcommen der geistlichen Weiterentwicklung des sächsischen Staatsdienstes.

Neueste Drahtmeldungen vom 5. Oktober. (Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 1.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Ueber die Vorgänge an Bord des kleinen Kreuzers „Gazelle“ und den Stand der Untersuchung, welche durch das Kommando des ersten Geschwaders in Kiel geführt wird, wird jetzt amtlich bekannt gegeben: Die Untersuchung ist eingeleitet wegen Abwandlung von Geschütztheilen, und zwar zwei Maschinenventil-Schulterstücke, zwei Schloßbolzen, ein Kern- und ein Abzugsschloß der Schnellladekanone, sowie wegen Anbringens eines Drehmittels. Vermuthlich ist die That von Jemandem begangen, welcher den Verbleib der Schnellladekanone genau gekannt hat. In der Untersuchungshof befindet sich allein der Obermatrose Weiß. Dieser war einige Tage vorher an einem der in Frage kommenden Geschütze als Nummer 1 wegen schlechten Wetters abgelöst worden; es war ihm auch die Geschützführerrolle genommen. Die Enthebung des Corvettenkapitän Reiche von der Stellung des Kommandanten des kleinen Kreuzers „Medusa“ bzw. „Amazon“ ist lediglich auf seine eigene Bitte erfolgt. Er ist thätiglich erkrankt; es ist ihm aus diesem Grunde ein sechswochenlanger Urlaub bewilligt. — Der Kongreß fortgeschrittlicher Frauenvereine nahm folgende Resolution an: Die heutige höhere weibliche Ausbildung entspricht den Anforderungen nicht mehr, die wir an eine Schule stellen müssen, welche die Grundlage zu einer zunehmenden Berufsbildung der Frauen geben muß. Als das beste Mittel, diese zu erlangen, sehen wir die gemeinsame Erziehung der Geschlechter an; nicht weil wir eine absolute Gleichheit erzielen wollen, sondern weil wir glauben, daß die familiäre Trennung und Entfremdung der Geschlechter nur auf diesem Wege beseitigt werden kann. Wir erhoffen von der gemeinsamen Erziehung die ständige Erhebung des Mannes, Befestigung der Ehe und des Familienlebens. Durch die gründliche Bildung der Frau hoffen wir auch, dieselbe zu ihrem mütterlichen Berufe tüchtiger zu machen.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Baifvepulation an der Getreidebörse wird mitgeteilt, daß es die hier von Hamburg und Antwerpen vertretene Getreidefirma Deurne & Neuman war, die durch Vorkaufung ihrer Speicher die Abnahme von Getreide erschwerte. Das Verhalten dieser Firma hat, wie mitgeteilt wird, bei der hiesigen Produktenbörse solchen Unmuthen erregt, daß sie sich schließlich doch zur Vergabe ihrer Speicher verband. Der Verein Berliner Getreide- und Produktenhändler will in der Angelegenheit eine Erklärung veröffentlichen. — Die russische Prämien-Anleihe vom Jahre 1886, für die seit 14 Tagen keine Kurs festgestellt worden war, notirte heute 2 Prozent niedriger gegen die letzte Kursfeststellung.

Damburg. Ten in letzter Zeit von amerikanischen Blättern gebrachten Meldungen über den Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen Venezuela und Columbia gegenüber erhält der „Hamb. Kor.“ vom hiesigen venezolanischen Generalkonsul folgende Mittheilung: Der außerordentliche Gesandte von Venezuela in Paris erhielt von seiner Regierung verbriefte Telegramme, in welchen die vom Reich-Porter „Gerald“ gebrachten Nachrichten als durchaus falsch hingestellt werden. Die von dem Sekretär des Präsidenten gesendete Depesche beauftragt den